

Erklärungen des Reichskanzlers zur Konferenz von Lausanne.

Völlige Streichung der Reparationen notwendig.

× Berlin, 9. Januar.

Die britische Regierung hat den beteiligten Mächten als Termin für die Reparationskonferenz den 25. Januar vorgeschlagen. Die deutsche Regierung hat diesem Vorschlag zugestimmt. Wie wir hören,

wird die Führung der deutschen Delegation Reichskanzler Brüning selbst übernehmen. Außer ihm sind als Delegierte der Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Brüning in Aussicht genommen.

Den Reichskanzler wird der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow begleiten. Im übrigen wird sich die Delegation aus den zuständigen Sachbearbeitern der beteiligten Reichsstellen zusammenstellen.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Liste der deutschen Delegation empfing Reichskanzler Dr. Brüning den Chefredakteur des W. T. Z. Dieser wies darauf hin, daß diese amtliche Nachricht die politische Öffentlichkeit naturgemäß sehr interessieren würde, und fragte, welche Gesichtspunkte bei der Zusammenfassung der Delegation beachtet worden seien.

Der Reichskanzler betonte einleitend, daß der bevorstehenden Reparationskonferenz in Lausanne eine sehr große Bedeutung zukomme. Er habe es daher

nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichskanzler, dem nach der Verfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten, trotz der Kürze seiner Zeit, die er dem Reichstag widmen kann, die Delegation selbst zu übernehmen.

Außerdem würden die zuständigen Ressortminister Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Brüning teilnehmen. In seiner Begleitung werde sich Staatssekretär von Bülow befinden, da auf einer außenpolitisch so bedeutsamen Konferenz naturgemäß auch das Auswärtige Amt als solches maßgeblich vertreten sein müsse. Gleichzeitig sei aber Bedacht darauf genommen worden, durch Zurücklassung von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichskanzlei die Arbeitsfähigkeit des Reichskabinetts in Berlin, namentlich für etwaige Rückfragen der Lausanner Delegation, sichergestellt zu lassen. Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswirtschafts- und Reichsinnenministers Dr. Brüning stehen.

Der Chefredakteur fragte weiter, ob denn der Reichskanzler angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Chefredakteur wies hierbei insbesondere auf die am kommenden Dienstag stattfindende Sitzung des Reichstages hin, in der bekanntlich auf kommunalistischen Antrag über die Frage der etwaigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages Beschlüsse gefaßt werden solle. In seiner Antwort vertrat der Reichskanzler diese Bedenken keineswegs, fügte aber hinzu, daß seine Teilnahme an der Reparationskonferenz aus dem eingangs erwähnten Grund das absolut Vordringliche sei. Er halte es übrigens nach der bisherigen Haltung des Reichstages eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für vorzeitige Einberufung des Reichstages zur Behandlung reparationspolitischer Fragen finden könnte. Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluß hingewirkt, für Ende Februar dieses Jahres eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen, sei nach seiner Auffassung geradezu unannehmlich.

In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich auf die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Auslande zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Plenum des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit.

Die Frage des Chefredakteurs, ob er diese Ausführungen des Reichskanzlers der Öffentlichkeit mitteilen dürfe, bejahte der Reichskanzler ausdrücklich. Der Chefredakteur fügte hinzu, daß für diese Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teil der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Auffassung durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruhten sie im wesentlichen darauf, daß die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Delegation in Lausanne noch nicht

genügend klar umrissen und in der Öffentlichkeit bekannt sei.

Der Reichskanzler unterstrich sein Erkaunen über diese Frage nicht und betonte, daß irgendein Zweifel an der Haltung der deutschen Delegation in Lausanne doch nicht gut möglich sei. Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Verlautbarungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Äußerungen anlässlich des Neujahrsefes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte. Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Vorken Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erenne von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel daständen. Zugleich bewiese der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen und zwar ein sofortiges Handeln fordere. Dafür, wozu die Entschlüsse der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verweise, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhange gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands nicht auf die Verhältnisse des Young-Planes zurückzuführen sei, sondern daß sie vielmehr auf die Verhältnisse der Welt zurückzuführen sei. Hiermit, so betonte der Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt.

Es liege klar zu Tage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unumgänglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrecht zu erhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einnehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie wolle

auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abschließend erklärte der Herr Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in seinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme

nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

Reichskanzler Dr. Brüning hat außerdem, wie wir bereits im größeren Teil unserer Sonntagsausgabe berichten konnten, bei einem Empfang des englischen Botschafters Sir Horace Rumbold seinen Zweifel darüber gelassen, daß es das Ziel der deutschen Regierung sei, eine endgültige Lösung der Tributfrage herbeizuführen, und daß diese Lösung nach ihrer Auffassung nur in der völligen Streichung der Reparationen bestehen dürfte, da die deutsche Regierung sich von einem bloßen Moratorium und einer Fortsetzung der Zahlungen nach ihrem Ablauf keine wirkliche Besserung der Lage versprechen könne.

Die französische Regierung über Brüning entrüstet.

Eine scharfe Erklärung Flandins zur Reparationsfrage.

× Paris, 9. Januar.

Finanzminister Flandin empfing heute nachmittag die Vertreter der französischen Presse und gab ihnen eine Erklärung, in der es heißt, wenn die Londoner Meldungen über Äußerungen des Reichskanzlers Brüning über die Einstellung der Reparationszahlungen richtig seien, dann würden sie bedeuten, daß die Reichsregierung den Bestimmungen des Young-Planes und des Versailler Vertrages ein Ende bereiten wolle. Man müsse aber erst die amtliche Bestätigung abwarten. Es sei klar, daß kein Franzose die einseitige Kündigung von frei unterzeichneten Abkommen annehmen könne, auch wenn es sich um die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands handelte. Niemand bestreite den Ernst der Weltkrise. Daß zur Überwindung der in dem jüngstigen Communiqué Hoover-Roosevelt erwähnten Periode der Depression Anpassungen im System der internationalen Zahlungen notwendig seien, habe die französische Regierung begriffen, denn sie arbeite gerade in diesem Augenblick an diesen Anpassungen und rühre mit großem Entgegenkommen die Forderung, die eine Einigung der Gläubiger und Schuldner herbeizuführen, und die Krise lindern könnten. Man würde die Krise unüberwindlich machen, wenn man sie durch neue Beinträchtigungen an der Achtung der Verträge noch kom-

plizieren sollte, Beinträchtigungen, die das theaurisierte Kapital nur veranlassen könnten, noch größeres Mißtrauen an den Tag zu legen. Wenn vor der Konferenz von Lausanne eine derartige Erklärung abgegeben werde, dann werde der Zusammentritt der Konferenz unnütz. Man könne nicht gleichzeitig die Rechte Frankreichs über den Haufen werfen und die Zusammenarbeit mit Frankreich suchen wollen.

Die Entrüstung der französischen Presse.

× Paris, 10. Januar.

Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit den Erklärungen des Reichskanzlers zur Reparationsfrage. Die wichtigsten Nachrichten sind von den Blättern der Linken bis zu denen der Rechten folgende: „Le Matin“ meint, man kann von einer Einigung Europas durch Zusammenarbeit geträumt. „Le Figaro“ meint, die französische Regierung hat die deutsche Regierung zu einem Kompromiß gezwungen, der die deutschen Nationalisten wütet, wozu das förmlich weder zum Triumph der einen, noch zur Renouance für die anderen, sondern zum Selbstmord führt. „L'Humanité“ bezeichnet die durch die offiziellen Erklärungen des Reichskanzlers gescheiterte Lage als außerordentlich ernst, vor allem, weil der Kanzler gleichzeitig mit den nationalpolitischen Parteien verhandelt. „Der Sozialist“ meint, die deutsche Regierung verhalte sich wie ein Dieb, der die Hände gefesselt ist, und die diebstahlartige Aneignung der französischen Reparationszahlungen als ein Verbrechen an der Gerechtigkeit ansieht. „Le Populaire“ meint, obwohl die deutsche Regierung öffentlich auftritt, die Folgen der Zahlungsunfähigkeit zu bekämpfen, so ist sie in Wirklichkeit nur ein Spielzeug der französischen Regierung. „Le Petit Parisien“ meint, die deutsche Regierung habe die französische Regierung zu einem Kompromiß gezwungen, der die deutschen Nationalisten wütet, wozu das förmlich weder zum Triumph der einen, noch zur Renouance für die anderen, sondern zum Selbstmord führt. „L'Humanité“ bezeichnet die durch die offiziellen Erklärungen des Reichskanzlers gescheiterte Lage als außerordentlich ernst, vor allem, weil der Kanzler gleichzeitig mit den nationalpolitischen Parteien verhandelt. „Der Sozialist“ meint, die deutsche Regierung verhalte sich wie ein Dieb, der die Hände gefesselt ist, und die diebstahlartige Aneignung der französischen Reparationszahlungen als ein Verbrechen an der Gerechtigkeit ansieht. „Le Populaire“ meint, obwohl die deutsche Regierung öffentlich auftritt, die Folgen der Zahlungsunfähigkeit zu bekämpfen, so ist sie in Wirklichkeit nur ein Spielzeug der französischen Regierung. „Le Petit Parisien“ meint, die deutsche Regierung habe die französische Regierung zu einem Kompromiß gezwungen, der die deutschen Nationalisten wütet, wozu das förmlich weder zum Triumph der einen, noch zur Renouance für die anderen, sondern zum Selbstmord führt.

Nach 144 Stunden lebend geborgen.

Sieben von den verschütteten Bergleuten der Karsten-Zentrums-Grube gerettet.

Erschöpft, aber unverseht.

× Benthien, 10. Januar.

Die mit größtem Eifer fortgeführten Bergungsarbeiten auf der Karsten-Zentrums-Grube haben doch noch Erfolg gehabt. Im Laufe des heutigen Vormittags gelang es zunächst, mit vier der insgesamt 14 seit dem vergangenen Montag abgetrennten verschütteten Bergleuten in Verbindung zu treten. Gegen 18 Uhr war auf der Karsten-Zentrums-Grube mit drei weiteren verschütteten die Verbindung aufgenommen worden. Die mit größter Beilehnung fortgeführten Bergungsarbeiten hatten kurz nach 18 Uhr den Erfolg, daß der aus Niechowitz kommende verheiratete Güller Paul Kulpot als erster — nach 144 Stunden — so gut wie unverseht und anscheinend auch verhältnismäßig frisch geborgen werden konnte. Der Gerettete feiert heute — ein seltsamer Zufall — den 25. Geburtstag.

Nachdem Kulpot ins Knappschafts-Lazarett eingeliefert worden war, wurden bis 20 Uhr noch der verheiratete Fördermann Alois Starczinski aus Niechowitz und der gleichfalls verheiratete Kohlegeiger Alfred Siama aus Benthien ins Knappschafts-Lazarett eingeliefert. Vier weitere Gerettete befinden sich noch unter Tage, um sie allmählich an den Luftrand zu gewöhnen.

Die Geretteten sind natürlich, nachdem sie sechs Tage und sechs Nächte auch von der Nahrungszufuhr vollkommen abgeschnitten waren, außerordentlich erschöpft und können nähere Angaben noch nicht machen. Vergütliche Betreuung wurde ihnen sofort an der Bergungsfeldstelle erteilt.

Die Bevölkerung nimmt an der glücklichen Bergung der bereits Totgesagten überaus herzlichen Anteil. In Massen werden den Geborgenen Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Als sich kurz nach 18 Uhr in Benthien wie ein Lauffeuer das Gerücht verbreitete, daß auf der

Karsten-Zentrums-Grube die am vergangenen Montag verschütteten noch am Leben seien, legte sofort eine wahre Hölzerwanderung zur etwas außerhalb des Stadtgebietes liegenden Grube mit allen möglichen Fahrzeugen ein. Viele Wendung der Dinge bildet das allgemeine Gesprächsthema. Auch im übrigen Oberstiesien hat die sofort weitergeleitete Nachricht Erkaunen und Freude ausgelöst.

Die Bemühungen zur Freilegung der verbliebenen sieben eingeschlossenen, die an einer anderen Stelle der Grube gearbeitet haben, werden fortgesetzt. Mit diesen Bergleuten konnte bisher keine Verbindung hergestellt werden. Ueber die glücklichen Umstände, die zu der Auffindung der sieben Bergleute geführt haben, wird noch bekannt, daß sie ihre Leben dem Weiterarbeiten der Freilegungszufuhr zu verdanken haben. Das über ihnen zusammengebrochene Gestein hat ihnen noch einen engen Unterschlupf.

Der amtliche Bericht über die Rettung der Bergleute.

× Benthien, 10. Januar.

Das Oberbergamt Breslau teilt mit: Die Rettungsarbeiten auf der Karsten-Zentrums-Grube haben den hochherzigen Erfolg gehabt, daß von den durch einen Gebirgssturz verschütteten 14 Bergleuten nach sechs Tagen sieben Leute lebend geborgen worden sind. Die Geretteten sind verhältnismäßig wohl auf, wenn auch zum Teil recht schwach. Nur zwei von ihnen sind äußerlich verletzt. Nach einer privaten Meldung handelt es sich um Beinträchtigungen. Die Rettungen sind noch ungewiss, doch ist mit dem Tode der meisten zu rechnen. Die Bergungsarbeiten sind außerordentlich schwierig, sie konnten den erreichten schönen Erfolg nur haben, weil alle Leute unter Richtung ihres Lebens ihr Bestes gegeben haben, um zu ihren verschütteten Kameraden vorzudringen. Die Bergungsarbeiten gehen mit aller Kraft weiter.

Günstige Aufnahme der Erklärung Brünings in England.

× London, 10. Januar.

Die Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland jetzt und in der Zukunft keine Tribute mehr zahlen könne, hat in der englischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Die Überschriften der Zeitungen sprechen von der „neuen Bombe“. „Reparationsalarm“ usw. Es finden sich auch einige kritische Bemerkungen über die offene Art, wie die deutsche Forderung vorgebracht worden ist, nämlich aber werden die Äußerungen Brünings ruhig aufgenommen. Die Blätter betonen zum Teil, daß eine derartige Erklärung nicht unerwartet gekommen sei. Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ sagt: Natürlich mache die Mitteilung, die das wichtigste diplomatische Ereignis in der Reparationsfrage seit dem Hoover-Moratorium ist, einen tiefen Eindruck auf die amtlichen englischen Kreise. Die vollständige Streichung aller Schulden ist stets die Politik Englands gewesen. Frankreich und Amerika hätten jedoch den englischen Standpunkt nicht voll verstanden. Die Ereignisse aber nähmen ein schnelleres Tempo an, das durch den deutschen Schritt noch beschleunigt werde. An anderer Stelle heißt es im „Observer“, daß die Erklärung Brünings ein Akt geschickter Staatskunst ist, bei der aber viele Gefahren in sich tragen. Innerpolitisch: Rückfragen hätten bei seinem Entschluß eine große Rolle gespielt. Der Kanzler glaube aber, daß sich keine Stellung auf der Lausanner Konferenz hierdurch wesentlich geändert habe. Die ganze Politik des Zentrums ging darauf hinaus, Hitler dazu zu zwingen, keine Karten aufzubeden.

„Sunday Times“ will nicht an die französische Drohung glauben, an der Lausanner Konferenz überhaupt nicht teilnehmen zu wollen. Der gesunde Menschenverstand werde in diesem Falle schon helfen. Man könne allgemein darin überein sein, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen könne, wenn man auch noch nicht genau wisse, was

fehl geschieden werde. England wisse, daß das Regime der Tribüne und Kriegsschulden das größte Hindernis für eine wirtschaftliche Wiedergeburt sei. Das in der Balfour-Note gemachte Angebot zur Streichung aller Schulden gelte auch heute noch. Allerdings verlange England, daß mit der Streichung der Tribüne auch gleichzeitig die Streichung der interalliierten Schulden durch Amerika erfolge.

„Sunday Graphic“ erklärt, die Erklärung Brünings verpflichte den Reichskanzler auf den Standpunkt Hillers und der Reichsparteien und auf die Politik des Vorranges der Privatbanken. Das paßt uns Engländern — schreibt das Blatt.

„Sunday Dispatch“ befürchtet, daß im gegenwärtigen Augenblick die Erklärung Dr. Brünings die Schwere der Lage vergrößern werde. Die dauernde Unsicherheit aber sei der größte Fehler. Die Reparationskonferenz dürfe nicht weiter hinausgeschoben werden, wenn Europa sich wieder erholen soll.

„Breck Association“ zufolge finden die Aussagen des Reichskanzlers zur Reparationsfrage bei der englischen Regierung ernsthafte und aufmerksame Beachtung.

Eine neue Fassung der „Depeche de Toulouse“.

Paris, 10. Januar.

Die „Depeche de Toulouse“, die bekanntlich von der französischen Regierung der Reparationsfrage eine Fassung vorgelegt, kommt heute auf ihren Vorwärtsschritt. Sie nimmt nichts von dem zurück, was sie gefordert hat und stellt mit Genugtuung fest, daß ihre Leser den Vorschlag gebilligt haben. Das Blatt sagt: Der Erfolg der Reparationsfrage kann erst nach der nächsten Konferenz erfolgen. Ob diese zu trügerischen Moratorien führt oder nicht, ist nicht abschließend. Wesentlich ist, daß das französische Eingeständnis die Gerechtigkeit des Kontrastes und das Fortbestehen des Anpruches bezeugt. Diese elementare Feststellung kann in einer Form vorgetragen werden, daß Hitler seinen Vorteil daraus zu ziehen in der Lage ist. — Im übrigen vertritt die „Depeche de Toulouse“ die Ansicht, daß eine derartige Geste gegenüber Deutschland für Frankreich die natürlichste Gelegenheit und ein berechtigter Grund wäre, die Vereinigten Staaten zu einer endgültigen Regelung der Kriegsschulden aufzufordern.

Laval will Briands Nachfolger werden.

Die Neubildung der Regierung in Frankreich.

Paris, 9. Januar.

Die Agentur Havas verbreitet eine Betrachtung über die Aussichten für die Neubildung der Regierung. In der Erklärung wird Laval als die Person, in einer öffentlichen Erklärung nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten und nach vor Beginn der Verhandlungen mit den Fraktionsführern die Notwendigkeit einer Einigung der Parteien hervorgehoben. Im übrigen habe sich Laval gegenüber bereit erklärt, sowohl das Kriegsministerium zu übernehmen, als auch im Landwirtschaftsministerium zu bleiben, während es wahrscheinlich sei, daß Laval selbst das Außenministerium übernehmen werde, und als Kandidat für das Innenministerium Senator Barthou. Senator Personet und der jetzige Unterstaatssekretär im Innenministerium Cathelineau in Frage kämen.

Temps“ befürchtet, daß in einem Zeitartikel mit der Rolle, die Briand als Leiter der französischen Außenpolitik gespielt hat. Briand habe, so erklärt das Blatt, in den letzten sechs Jahren in den Augen der Welt die Politik der Organisation des Friedens personifiziert.

In der Reichspräsidentenfrage Entscheidung erst Montag nachmittag.

Hitler, Dingeldey und Hugenberg beim Reichskanzler.

Berlin, 10. Januar.

Gestern in der ersten Mittagsstunde hatte der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, erneut eine Besprechung mit dem Reichskanzler, die etwa eine Stunde andauerte und dem gleichen Gegenstand galt, der der vorgestrigen Besprechung zugrundelag. Es handelte sich um eine Zwischenbesprechung, zu der der Kanzler Hitler eingeladen hatte, um mit ihm die Dinge noch einmal vor seiner Zusammenkunft mit Hugenberg durchzugehen.

Am Samstag um 8 Uhr begann dann eine zweieinhalbstündige Besprechung zwischen dem Führer der NSDAP, dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei und anderen Herren der Nationalen Opposition. Diese Beratungen kamen noch zu keinem definitiven Abschluß.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dingeldey, der am Samstagabend um 6 Uhr vom Reichskanzler empfangen wurde, erklärte im Verlauf dieser Unterredung, daß die Deutsche Volkspartei selbstverständlich die Erhaltung der Präsidentialform der Reichspräsidentenfrage als oberstes Ziel ihrer Überzeugungen betrachte und dieses Ziel allen taktischen Erwägungen unterordne.

Der vorgesehene Besuch des Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, Reichstagsabgeordneter Dr. Hugenberg, beim Reichskanzler Dr. Brüning hat heute mittag stattgefunden. Hugenberg stellte dem Reichskanzler nach Beendigung der Führungsnahme mit dem Kanzler in Betracht kommenden Stellen eine Mitteilung über die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei in Aussicht.

Wie wir von beteiligter Seite hören, ist die Entscheidung über die Haltung der Rechten zu dem Vorschlag einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten erst für den Montag nachmittag zu erwarten. Offenbar ist als äußerster Termin für die Antwort an den Reichskanzler nun Montag nachmittag 4 Uhr ausgemacht worden. Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge ist beabsichtigt, die Antwort schriftlich zu geben.

Die Deutschnationalen gegen die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs

Katzen, 10. Januar.

Auf dem Kreisparteitag des Kreisvereins Katze-Land der Deutschnationalen Volkspartei führte der stellvertretende Kreispartei-Führer Dr. v. Winterfeldt Berlin u. a. aus, daß die Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg sei noch nicht beendet und werde morgen dem Reichskanzler vorgelegt. Zu dem Standpunkt Hugenbergs und der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg erklärte Dr. v. Winterfeldt auf Grund einer Unterhaltung von heute vormittag mit Geheimrat Hugenberg, daß die Deutschnationalen der Ansicht seien, den Reichspräsidenten habe nach der Verfassung das deutsche Volk und nicht der Reichstag zu wählen. Die Deutschnationale Volkspartei könne einer Verlängerung der Amtszeit nicht zustimmen, und man müsse sich schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen, daß im Frühjahr die Reichspräsidentenwahl durchgeführt werden müsse.

In Hessen bleibt alles beim alten.

Das Ergebnis

der nationalsozialistischen Taktik.

Antwort der NSDAP auf die Gegenforderungen des besseligen Zentrums.

© Darmstadt, 10. Januar.

Die hessische Landtagsfraktion der NSDAP hat auf die bekannten Gegenforderungen des besseligen Zentrums heute mit einem Schreiben geantwortet, in dem es heißt, das Antwortschreiben des Zentrums auf die 12 Forderungen der NSDAP habe unterlassen, auf die vorausgesetzlichen Bedingungen auch nur einzugehen und von der bisher durch das Zentrum geleiteten Diffamierung der NSDAP und ihrer Mitglieder durch eine allgemein ersichtliche Mißbilligung abzurufen. Weiter wird betont, daß das Zentrum versucht habe, die 12 Punkte, die nach dem Wunsch der Nationalsozialisten nur als Ganzes anzunehmen wären, auf das Gebiet der politischen Verhandlungen zu verschieben. Das Zentrum habe ferner die Forderung aufgestellt, daß diese dann parteipolitisch unabhängig sein müßte. Das hessische Volk nicht gemocht habe, daß jetzt ein Nationalsozialist nicht nationalsozialistische Politik mache. (Hierzu ist zu bemerken, daß die NSDAP in Hessen nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, obwohl sie die stärkste Partei des Landes geworden ist.) Das Zentrum wurde in seiner Antwort auch auf die Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei hin. Das Programm des Zentrums ist in interessanter Weise, jedoch nicht, sondern nur die tatsächliche Politik des Zentrums. Daraus ist ersichtlich, daß das Zentrum in Gemeinschaft mit der Sozial-

Volk die ehrwürdige Persönlichkeit Hindenburgs auch für die Zukunft als Reichsoberhaupt zu erhalten.

Verhandlungen der Nationalen Opposition mit Staatssekretär Meißner.

Berlin, 10. Januar.

Im Laufe des Sonntags haben zwischen dem maßgebenden Persönlichkeiten im Lager der Nationalen Opposition zahlreiche Besprechungen stattgefunden. Wie wir erfahren, schaltete sich der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Meißner, später in die Verhandlungen ein. Entscheidende Ergebnisse wurden am Sonntag noch nicht erzielt, weil noch gewisse Fragen, die zum Teil auf verfassungsrechtlichem Gebiet liegen, geklärt werden müssen. Die zunächst für Sonntag vorgesehene Aussprache zwischen Hitler und Hugenberg findet erst im Laufe des Montags statt. Für Montag mittag ist eine Besprechung zwischen Hitler und Staatssekretär Meißner vorgesehen. Die Verhandlung des Berliner Montagsabends über eine gemeinsame Erklärung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen eilt den Tatsachen voraus.

Ergänzung der preussischen Verordnung über die Mietsenkung.

Berlin, 9. Januar.

Die Preussische Gesetzesammlung veröffentlicht heute durch eine Verordnung vom 5. Januar 1932 ergänzenden Wortlaut der preussischen Verordnung über die Mietsenkung. Ueber die wesentlichen Neuerungen teilt der Amtliche Preussische Preisdienst folgendes mit: Die Bestimmung, daß für die Mietsenkung eine Ermäßigung des Mietsatzes um 10 v. H. der reinen Friedensmiete eintritt, erhöht sich auf 15 v. H. in Fällen, in denen die Mietsenkung durch die Verhältnisse der Parteien am 10. Dezember 1931 bereits unterhalb der Friedensmiete lag. Hier ist jedoch eine Senkung um 10 v. H. der tatsächlich bezahlten Miete vorzunehmen. Ein Mietsenkung unterbleibt ferner vollständig bei denjenigen Grundstücken, die mit logenannten „schweren Goldhypotheken“ belastet sind.

Ergänzt worden sind die Vorschriften, nach denen der Vermieter einen im Jahre 1931 bereits gewährten Mietsenkung auf die durch die Verordnung nunmehr gesetzlich vorgeschriebene Mietsenkung anrechnen darf. Insbesondere wird hier klar gestellt, wie hier die Berechnung des Anrechnungsbetrages zu erfolgen hat, wenn die Räume am 1. Januar 1931 nicht vermietet waren, oder wenn der vom Vermieter bereits gewährte Mietsenkung nach nur für einen Teil der Mietzeit gilt.

Bei allen Streitigkeiten über den Umfang der Mietsenkung ist die Entscheidung dem Mieter zu überlassen, nachdem der Vermieter dem Mieter den neuen Mietsatz mitgeteilt hat, gestellt werden. Die bisher nur für bestimmte Wohnunternehmungen bestimmte Vorschrift, daß die Mietsenkung innerhalb eines ausgedehnten Grundbesitzes zu bewirken ist, ist auf die gesamten Gemeinden und Wohnunternehmungen ausgedehnt worden. Etwas Streifigkeiten in diesen Fällen unterliegen der Entscheidung der Regierungspräsidenten, in Berlin des Oberpräsidenten.

Die lippschen Gemeindevorstände.

Detmold, 10. Januar.

Die lippschen Gemeindevorstände haben im allgemeinen ruhig verlaufen. Lediglich in Schömar kam es am Anfang auf eine nationalsozialistische Verammlung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei. Dabei wurden ein Nationalsozialist und ein Kommunist verletzt. Die Wahlteilnahme war äußerst gering. Der Freikampfbund hat bekanntlich eine vorwiegend evangelische Bevölkerung, für das Zentrum ist demnach das kleine Land Disparität. Das muß man bei den folgenden Ergebnissen berücksichtigen.

Detmold: Zentrum 423 (450 Stimmen), Volksdienst 670 (622), Kriegsbefähigte 302 (552), bei Stadtverordnetenwahlen von 1928: Kommunisten 797 (431), Sozialdemokraten 1354 (2370), Beamtenliste 597 (—), Staatspartei 188 (616), Deutsche Volkspartei 888 (1280), Deutschnationale 959 (897), Nationalsozialisten 2882 (2152).

Salzungen: Kommunisten 902 (376), Sozialdemokraten 2091 (3190), Zentrum 484 (606), Deutschnationale 336 (747), Vereinigte Bürgerliste 565 (—), Evangelische Vereinigung 666 (763), Bürgerliste Liste Schömar 466 (—), Kriegsbefähigte und Arbeitslosenliste 232 (—), Nationalsozialisten 2868 (2388).

Blomberg: Bürgerliste Liste 1261 (—), Sozialdemokraten 621 (539), Parteifolge 196 (—), Kommunisten 241 (223).

In Klammern gezeichneten Ziffern bestehen sich auf die Stimmenzahlen bei der letzten Reichstagswahl vom 14. September 1930.

Die Wahlergebnisse zeigen offensichtlich sehr starke Verluste der Sozialdemokratie.

demokratie in Deutschland regiert, habe dabei aber nicht eine Erneuerung und Festigung der geistigen und sittlichen Volksgemeinschaft erzielt, sondern die bolschewistische Forderung erreicht. Besondere Bedeutung wird dem Punkt 12 der Forderungen der NSDAP beigemessen. Danach sei Aufgabe der Vertreter der Länder im Reichsrat nicht, die jeweilige Außenpolitik einer Regierung zu unterstützen. Ihre Aufgabe sei vielmehr, Interessen der Interessen der Länder zu sein. Höchstes Interesse aber sei, zu verhindern, daß durch eine fehlerhafte und schlechte Außenpolitik nicht nur das Reich, sondern auch die Länder in den Strudel des Verderbens hineingezogen würden. Die ablehnende Haltung des besseligen Zentrums zu den Forderungen der NSDAP, und damit zu den Forderungen der Länder, finde vielleicht ihre letzte Unterbreitung durch die am 9. Dezember durch den Zentrumsmann Dr. Siegelwald erklärte, daß zwischen Zentrum und Nationalsozialisten kein gemeinsames positives Programm. Nach dieser eindeutigen Ablehnung sowohl des besseligen als auch des Reichszentrums erhalte die NSDAP ihre volle Handlungsfreiheit wieder. Es liege damit beim besseligen Zentrum, ob ihm auch in Zukunft die Wahrung der Parteinteressen wichtiger erscheine als die Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes. (Zu diesem letzten Satz liefert den besten Kommentar die Ablehnung des vom Zentrum geforderten parteipolitisch unabhängigen Staatspräsidenten durch die Nationalsozialisten. Dant ihrer von starker Einbildung zeugenden Haltung wird nunmehr in Hessen alles beim alten bleiben. Das von der Sozialdemokratie und dem Zentrum gestellte gemeinschaftliche Staatsministerium wird weiter amtiert, und kein Mißtrauensvotum kann es beseitigen, da die Faltung der Nationalsozialisten die Bildung einer anderen Regierung unmöglich macht. Die Red.)

Forderungen der christlichen Bergarbeiter an Staat und Wirtschaft.

Essen, 10. Januar.

Zu einer großen Kundgebung hatte der Gesamtverband der christlichen Bergarbeiter seine Vertrauensleute aus dem gesamten Ruhrgebiet in den Bergbauhallen am Sonntag berufen. Der Führer des Gesamtverbandes, Reichstagsabg. Imbusch, hob in seiner großangelegten Rede, die in der Versammlung harkten Widerhall fand, die Forderungen der christlichen Bergarbeiter an Staat und Wirtschaft scharf heraus. Er äußerte sich in der ihm gemachten Offenheit, Klarheit und Nachdruck zu den wichtigsten aktuellen Fragen der gegenwärtigen Wirtschaft- und Sozialpolitik. Im Sinne seiner Ausführungen ist folgende Entschließung gefaßt, die einstimmige Annahme fand:

1. Die Tributlasten auf Grund des Verfallens, die eine der Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise und der großen deutschen Volksnot. Es kann den deutschen Arbeitern nicht zugemutet werden, die Aufbringung der Tributlasten mit sozialer Verleumdung zu belegen. Deutschland muß von den ungerechten, eine nationale Ehre verletzenden und sein Volk schwer schädigenden Tributlasten befreit werden. Damit wird auch der gesamten Weltwirtschaft ein großer Dienst erwiesen, weil das größte Hemmnis der wirtschaftlichen Gesundung und des sozialen Fortschrittes weggeläumt wird.

2. Die Längst als notwendig erkannte Reichs- und Verwaltungsreform ist die dringendste Aufgabe der Gegenwart. Um die vorhandenen Widerstände zu beseitigen, ist das deutsche Volk zur Entscheidung aufgerufen. Das Hauptziel der Reichsreform muß eine einheitlichere Führung und Vertretung des deutschen Volkes ermöglichen, eine Vereinfachung und Verkürzung der Verwaltung sowie eine wesentliche Senkung der untragbaren Steuerlasten herbeiführen.

3. Die 4. Novemberordnung vom 8. Dezember 1931 war eine staatspolitische Notwendigkeit. Dieselbe hat aber eine ungerechte Verteilung mit sich gebracht. Insbesondere bedauerlich ist das Ausmaß der gegenüber den Bergarbeitern in der Lohnfrage, das befristet werden muß. Ebenso sind die Härten und Ungerechtigkeiten in der Unfall-, Invaliden- und Altersvorsicherung unannehmbar und müssen den Grundfragen der sozialen Gerechtigkeit entsprechend geändert werden.

4. Die Preisentwertung der Reichsregierung soll die Aufhebung der zwangsweise abgetragenen Löhne und Gehälter wieder steigern. Deshalb muß der Preisabbau mit allem Nachdruck schnellstens durchgeführt werden. Besonders in den Bergarbeitersfamilien herrscht größte Not. Deshalb ist eine angemessene Senkung aller Lebenshaltungskosten sowie der öffentlichen Lasten und Abgaben erforderlich. Wir fordern alle Bergarbeiter und ihre Frauen auf, nur dort zu kaufen, wo die Waren unter Berücksichtigung der Qualität am billigsten sind.

5. Zur dauernden Prüfung der Rentabilität und Selbstkosten im Bergbau ist eine neutrale und paritätische Kommission einzurichten. Nur dadurch ist eine objektivere Feststellung der Lohn- und Selbstkosten möglich. Da die in den letzten Jahren betriebene privatwirtschaftliche Ausbeutung des Bergbaues den Gesamtinteressen des Volkes schädlich gewesen ist, fordern wir den Übergang des Bergbaues in den Besitz der Allgemeinheit.

6. Wir erheben entsetzten Protest gegen die von den Unternehmern geplante bürokratische Zentralisierung der Sozialversicherung. Wir warnen die Reichsregierung vor der Durchführung der in der Presse bekanntgemachten Pläne. Die knappheitspolitische Verschärfung der Bergarbeiter muß wegen der besonders gefährlichen, schweren und gesundheitschädlichen Arbeit der Bergarbeiter unter allen Umständen als berufliche Sonderversicherung mit ausreichenden Leistungen erhalten bleiben. Die Knappheitspolitik muß durch beschleunigte Einführung einer Umlage auf die gefährdeten Produkte in ihren Leistungen erhalten und gesichert werden.

Verurteilung wegen Beleidigung des Preussischen Staatsministeriums.

Berlin, 9. Jan. Wie der Amtliche Preussische Preisdienst mitteilt, wurde der Kapitänleutnant A. D. Hellmut Dörfel in Frankfurt/Main von dem erweiterten Schöffengericht wegen grüßlicher Beleidigung des preussischen Staatsministeriums zu 200 A Geldstrafe verurteilt. Das Gericht stellte in der Begründung ausdrücklich fest, daß einem gefundenen Angeklagten gegenüber bei der Schwere der Beleidigung nur eine Gefängnisstrafe hätte in Frage kommen können, von der man lediglich abgesehen hat, weil der Angeklagte als schwerer Neureichener nach dem gerichtspräsidentlichen Gutachten nicht vollwertig ist.

Rheider

Bezugspreis:

Reichsblatt
Stadtteil

Wöchentlich
des Landrats
von Bürgern
Intern und
des Kreises

Deutscher
der Zentrum

Nummer

Am Parte

Geschichte

schon sehr
Scheitern d
rung u d
gerung d
den wieder
ktion ist a
In diesem Fall

Berechnung
des Vorschlags

lassungsbrechlich
sehr es aber u
gangen ist, d
offen zugegeben
man bisher au
wicklung überse
haben, den Vor
antworten, aber
riß a b. d
Großzügigkeit b
klart haben, d
wie der Verläu
sidenten durch
stimmen würd
entschiedung
ganz in unferne
aufnahme der P
Wo können wir
Opposition, die
tionalisten Frage
von ungenuehr
Kräfte der Nati
mal ihre Gegner
ist ihr Unterst
lingend wäre d
Wähler der Han
werden jetzt ver
ren und Weisner

wohl erkannt
Außenpolitik in
vorher der Welt
Noll in seiner
kann. Aber es
tag, der schon
Geleg beschloßen
um den besten
fassungsbänder
melbet wird, soll
daß in dem u
P o l i t w a h l
Anknüpfungspu
fer Richtung hin
aber doch wohl
reist ist, sich a
neut zur Verfüg
Staatssekretäre
die Verhandlung
darüber liegt no
es sei denn, daß
Neuerungen der
ihre gefällige an
ner in diesem C
er sich für eine
fugung stellt, die
den wird, halter
ben auch nicht,
stellung eines G
zwar die Situat
nicht ganz einfa
einer gewaltiger
Wahlänge nicht

Die Vertre
der Deutsch
Nation.

längerung der
Hindenburg her
Die endgültige
wird ausschließl
Lebensinter
nationalist
deutschen R
und das Anseh
seits. In den
Worten liegt ein
rückweisen muß,
scheint, sich in
lung der Amts
gezeigt hat als
Derr bekannt ist
sche Nation du
vertreten wird,
Bewegung bere
Mehrheit des d
nach den Wähler
mögen in im
wohl in den ihr
ler selber durch
es sich hier um
wenige Wähler
allein von allen